

Schluss

Wir haben auf unterschiedlichen Ebenen untersucht, welche Auswirkungen eine neue soziale Institution wie die gesetzliche Pflegeversicherung für die deutsche und japanische Gesellschaft mit sich bringt. Es ist hoffentlich deutlich geworden, dass diese Institution im jeweiligen Kontext völlig unterschiedliche Bedeutung besitzt und wiederum völlig unterschiedliche Folgen nach sich zieht. Es ist nun an der Zeit zu versuchen, diese heterogenen Phänomene zusammenzufassen und ein Fazit zu ziehen. Dafür bietet der Begriff der Solidarität erneut den Fokus, durch den wir einen einheitlichen Blick auf die komplexen Tatbestände entwickeln können.

Wir können den dargestellten sozialen Wandlungsprozess in Deutschland und Japan als radikale gesellschaftliche Umwälzung begreifen, durch die das Selbstverständnis in beiden Gesellschaften nachhaltig erschüttert wird. Die Ursachen für diesen Prozess sind vielfältig und vielschichtig, doch können zumindest zwei für dieses Buch wesentliche Punkte genannt werden: Zum einen verlangt die demographische Entwicklung ein grundlegendes Umdenken sozialer Sicherungssysteme. In Deutschland ist die Grenze der Sozialstaatlichkeit, in Japan die der innerfamiliären Fürsorge erreicht worden. Zum anderen wird durch die Globalisierung die Rolle des Nationalstaates als sozialpolitischer Akteur geschwächt. Eine Folge davon ist, dass sich die aus den demographischen Verschiebungen ergebenden Probleme noch einmal verschärfen und eine bedenkliche Lücke in den Handlungsoptionen an der Stelle entsteht, die bislang vom Nationalstaat ausgefüllt wurde. Diese

Lücke verursacht Unsicherheit und zugleich Politikverdrossenheit, weil zunächst auch kein anderer Akteur in Sicht ist, der die bisherige Rolle des Staates übernehmen könnte und zudem der Ausgang dieses Prozesses vollkommen unklar ist. Drängende Fragen stellen sich also: Was kann nun den gesellschaftlichen Zusammenhalt garantieren, wenn der bisherige Akteur, der Nationalstaat, diese Aufgabe nicht mehr wie bisher voll übernehmen zu können scheint? Wie ist eine neue Form der Solidarität zu konzipieren, wenn über die kulturellen Differenzen hinaus ein Zusammenhalt konstituiert werden soll? Die vorläufigen Antworten fallen unterschiedlich aus. Im deutschen Kontext wird der abstrakte Begriff der Solidarität direkt angegangen und diskursiv immer wieder neu verhandelt. In Japan wird mit einem konkreten Vorschlag wie *machizukuri* reagiert, während generelle Diskussionen über Solidarität oder ähnliche Konzepte kaum geführt werden. Dem entsprechend fallen auch die praktischen Lösungswege unterschiedlich aus.

In Deutschland existiert ein bisher gut funktionierendes soziales Sicherungssystem, in dem die gesetzliche Pflegeversicherung lediglich als fünfte Säule neben den bereits bestehenden Versicherungssystemen eingefügt wurde, um die Problematik der zunehmenden gesellschaftlichen Alterung zu entschärfen. Dieses soziale Sicherungssystem ist ein Ausdruck höchst formalisierter und institutionalisierter Solidarität. Im Sinne Durkheims kann diese abstrakte Form der Solidarität als organische bezeichnet werden, denn die Abhängigkeit der Gesellschaftsmitglieder voneinander wird in ihr sehr offenkundig. Das soziale Sicherungssystem war aber auch deshalb funktionsfähig, weil der größte Teil der konkreten Dienstleistungen von den existierenden Wohlfahrtsverbänden nicht nach dem Prinzip der freien Marktwirtschaft übernommen wurde. Die wohlfahrtsstaatlichen Dienstleistungen waren also von der staatlichen Ebene über die Kommunen und Wohlfahrtsverbände bis zur individuellen Ebene institutionalisiert und formalisiert. Im Vergleich zur japanischen Situation wird sehr deutlich, welche Vor- und Nachteile diese spezifische Ausformung des Wohlfahrtssektors aufgrund einer hochgradig institutionalisierten und abstrahierten Solidarität mit sich bringt.

Ein Vorteil dieser Form von Solidarität liegt in ihrer Offenheit. Die Herkunft und kulturelle Zugehörigkeit der Teilnehmer des

sozialen Sicherungssystemen spielen prinzipiell keine Rolle.¹ In diesem Sinne besitzt diese Solidarität das Potenzial, über kulturelle Grenzen hinaus zu reichen. Doch liegt ihre Grenze zum einen darin, dass der Träger dieses Systems nach wie vor der Nationalstaat ist, der auf absehbare Zeit nicht abgelöst werden kann. Zum anderen vermag diese Form der Solidarität gerade durch ihre Abstraktheit nicht das Gefühl der Zugehörigkeit zu vermitteln. Es ist rational nachvollziehbar, dass der eigene Beitrag für die gesetzliche Pflegeversicherung der Gesamtheit der Pflegebedürftigen zugute kommt. Doch es besteht keine Möglichkeit, eine emotionale Bindung zu dieser Gesamtheit der Leistungsempfänger herzustellen. Eine emotionale Bindung ist wäre nur durch Schaffung einer „vorgestellten Gemeinschaft“ im Sinne Benedict Andersons möglich, die eine gewisse kulturelle Homogenisierung der Bevölkerung und einen positiven Bezug zu dieser Kultur und Geschichte voraussetzen würde. Dann ließe sich eine emotionale Bindung zu Leistungsempfängern der Pflegeversicherung anders aufbauen. Doch besteht in Deutschland bekanntermaßen wegen der jüngeren Vergangenheit ein gebrochenes Verhältnis zur eigenen Kultur und Geschichte, so dass sich ein Gefühl gesellschaftlichen Zusammenhalts nur schwerlich herstellen lässt. Das hat bislang bedeutet, dass ein gemeinschaftliche Zusammengehörigkeitsgefühl widersprüchlicherweise nur durch abstrakte Systeme und Konzepte generiert werden konnte. Dieses Paradox ist der Grund dafür, dass der sozialpolitische Diskurs in Deutschland mit höchst abstrakten Begrifflichkeiten wie Solidarität und sozialer Gerechtigkeit höchst emotional geführt wird. Insofern berührt der Abbau des Sozialstaats in Deutschland den Kern der kollektiven Identität und verursacht daher verständlicherweise eine tiefgehende Verunsicherung.

Diese mehr oder weniger abstrakte Bindung an den Nationalstaat eröffnet aber wiederum Möglichkeiten, eine Solidarität über die nationalstaatlichen Grenzen hinaus zu konzipieren. Eine solche kosmopolitische Ausrichtung des Denkens ist sicherlich ein Kennzeichen der zivilgesellschaftlichen Bestrebungen in Deutsch-

1 Jeder Beitragszahler als Arbeitnehmer ist unabhängig von seiner Staatszugehörigkeit prinzipiell Mitglied der Sozialversicherung. Ob jemand wegen seiner Herkunft Probleme bei der Arbeitssuche bekommt, ist selbstverständlich eine andere Frage, auf die hier nicht weiter eingegangen werden kann.

land.² Vor allem die verschiedenen NGOs – in erster Linie sind die Umweltorganisationen wie Greenpeace oder der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland sowie politische Organisationen wie Amnesty International oder ATTAC zu nennen – entwickeln neue transnationale Formen von Solidarität, die quer zum bisherigen Verständnis dieses Konzepts liegen. Zusammen mit der immer stärker werdenden Bindung an die Europäische Union gibt es ein Potenzial für eine neuartige Auffassung von Solidarität. Der strategische Moment liegt darin, den Solidaritätsbegriff über die nationalstaatliche Grenze hinaus zu erweitern und neue Organisationsformen zu konstituieren. Wichtig für den Erfolg wird sein, ob es gelingt, eine einheitliche Sozialpolitik auf europäischer Ebene zu installieren. Mit unseren Begrifflichkeiten könnte man diese Tendenz mit dem Satz zusammenfassen: Abschied von der mechanischen Solidarität!³ Damit wird allerdings auf der Alltagsebene keine Lösung angeboten, wie das Fehlen der Gemeinschaftsvorstellung und des Zugehörigkeitsgefühls kompensiert werden kann.

Im japanischen Fall ist die Ausgangslage anders. Hier ist das Konzept der Nation aufgrund der kulturellen und ethnischen Homogenität nach wie vor so dominant, dass kaum Zweifel geäußert werden. Unter dieser Voraussetzung musste sich der Staat in Belangen der sozialen Sicherung kaum engagieren. Für die soziale Sicherheit wurde privat – entweder familiär oder betrieblich – gesorgt. Dies bedeutet zugleich, dass der große Bereich der wohlfahrtsbezogenen Dienstleistungen, die in Deutschland von Kommunen und Wohlfahrtsverbänden übernommen wurden und werden, im japanischen Fall entweder von Familien (eigentlich Ehefrauen) oder von Betrieben bewältigt wurden. Die Einführung der Pflegeversicherung war aber ein Beleg dafür, dass die Familien diese Aufgaben nicht mehr bewältigen konnten. Somit klaffte eine große Lücke in der sozialen Absicherung. Diese Lücke ist im Gegensatz zu Deutschland, wo die Wohlfahrtsverbände dominieren, kaum formalisiert und institutionalisiert. So übernahm der

2 Wir halten das Kosmopolitische, wie es von Wolfgang Welsch (1998) vertreten wird, für eine äußerst eurozentrische Denkweise, die der Semantik des Wortes widerspricht. Es ist jedoch hier nicht der Platz, diese Frage zu diskutieren.

3 Wenn man diese Tendenz auf diese Weise interpretiert, verfolgt Europa nach wie vor das Projekt der Moderne.

Staat zunächst die Rolle, dieses Problem zu überwinden, indem er die gesetzliche Pflegeversicherung verabschiedete. Doch mit der inhaltlichen Gestaltung dieser Versicherung warf er den Ball an die Kommunen zurück und überließ ihnen die konkrete Gestaltung des Freiraums. Die Existenz einer Einrichtung wie *shakyô* zeigt auf, wie wenig die gegenseitige Hilfe und Fürsorge auf der Alltagsebene institutionalisiert sind. Es wurde durch unsere empirische Untersuchung deutlich, dass keine einheitliche formale Institutionalisierung der gegenseitigen Hilfen und Fürsorge auf der Alltagsebene von Seiten des Staates initiiert wird. Wenn auch die gesetzliche Pflegeversicherung auf der Oberfläche schon eine rechtliche Formalisierung der Altenfürsorge bedeutet, bewirkt ihre Einführung faktisch eine Verstärkung der lokalen Zusammenhänge und Solidarität. Erwartet wird, dass auf lokaler, nachbarschaftlicher Ebene eine neue Form der Solidarität entsteht. Die Bestrebung der *machizukuri* ist nichts anderes als ein Versuch, eine eher informelle, aber konkret erlebbare Form der Solidarität im lokalen Kontext zu etablieren. Insofern soll also eine eher mechanisch zu nennende Solidarität hervorgerufen werden. So wird hier die Schaffung neuer Gemeinschaftlichkeit konzipiert, innerhalb derer die Probleme der Fürsorge und gegenseitiger Hilfe in direkter Kommunikation informell gelöst werden sollen. So agieren die neu entstehenden NPOs weitestgehend auf dieser lokalen Ebene, und ihre zivilgesellschaftlichen Bestrebungen beschränken sich auf diese Weise auf kleine lokale Zusammenhänge. Bei gelungenen Fällen kann diese Bestrebung eine vorbildliche, kommunitaristisch anmutende Gemeinschaft selbst im großstädtischen Zusammenhang hervorbringen, wie das Beispiel der Takurôsho Yoriai aufzeigt. Doch dieser informelle Charakter der Fürsorge bringt mit sich, dass gerade engagierte Personen sowohl zeitlich als auch aufgabenbezogen extrem belastet werden können. So hängt der Erfolg eines solchen Unternehmens weitgehend von aktiven Personen ab, so dass die gleichmäßig gesellschaftlich verteilte Schließung der Lücke der sozialen Fürsorge kaum zu erwarten ist.

Am Ende unserer Darstellungen kommen wir so zu dem Schluss, dass die beiden untersuchten Gesellschaften komplementäre Eigenschaften und Bestrebungen aufzeigen. Die deutsche Gesellschaft besitzt eine abstrakte, aber institutionalisierte Form der Solidarität, die der japanischen Gesellschaft weitgehend fehlt. Die

japanische Gesellschaft kann daraus lernen, wie man das Konzept des sozialen Zusammenhanges abstrahiert und institutionalisiert, so dass sie sich von ihrem stark ethnisch geprägten Nationkonzept lösen kann. Nur durch eine gewisse Institutionalisierung kann auch auf der Alltagsebene die neu geschaffene Solidarität auf die Dauer gesichert werden.

Auf der anderen Seite bietet das japanische Beispiel Anregungen dazu, wie man in einer modernen Gesellschaft wieder eine eher mechanisch zu nennende Form der Solidarität installieren kann.